

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1926

25 (16.1.1926) Morgenausgabe

Immer noch Unklarheit in Paris.

Kompromißanträge.

P.H. Paris, 15. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Den ganzen Tag wurden heute Versuche gemacht, um den schwebenden Konflikt zwischen der Regierung und der Finanzkommission der Kammer zu beilegen. Es wäre nicht unmöglich, daß man sich auf folgendes Kompromiß einließe, das der radikal-sozialistische Abgeordnete Falcoz beantragte. Die Zahlungsstafe, auf deren Annahme das Kabinett Brand besteht, soll nur bis zum 1. Januar 1927 in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt an müßte eine einheitliche Produktionssteuer eingeführt werden, wie die jetzt bestehende Geschäftsumsatzsteuer, die die neu einzuführende Zahlungsstafe ersetzen soll. Es ist vorläufig unbekannt, ob die übrigen Abgeordneten des Linksblochs geneigt sein werden, diesem Kompromiß ihre Zustimmung zu geben.

P.H. Paris, 15. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Finanzkommission der französischen Kammer, die um 5 Uhr nachmittags zusammengetreten war, beriet um 9 Uhr abends noch immer. Es werden die größten Anstrengungen gemacht, um ein Kompromiß zwischen der Regierung und der Kommission zu finden. Zur allgemeinen Überraschung der Mitglieder der Kommission erschien sogar Brand vor dieser. Zwei Kompromißmöglichkeiten wurden in Aussicht genommen. Die eine sieht man in dem bereits erwähnten Antrag des Abgeordneten Falcoz, der wünscht, daß die von Doumer beantragte Zahlungsstafe nur bis zum 1. Januar 1927 eingehoben wird, ein zweiter Kompromißantrag wurde von dem früheren Ministerpräsidenten Raoul Beret eingebracht. Dieser forderte, daß die Geschäftsumsatzsteuer aufgehoben und die Zahlungsstafe nicht eingeführt werde und daß dafür eine Fabrikationssteuer eingeführt werde. Dieser Antrag hat weniger Aussicht auf Annahme als der erstgenannte. Als ein gutes Zeichen, daß ein Kompromiß für möglich gehalten wird, ist anzusehen, daß die Kammer nicht bereits morgen nachmittag, sondern erst am Dienstag zusammentritt wird. Bis dahin soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Situation zu klären.

Braslanu in Paris.

P.H. Paris, 15. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der rumänische Finanzminister Braslanu traf heute in Paris ein. Er wird mit dem rumänischen Gesandten in London, Titulescu, konferieren. Dieser sollte jedoch aus den Vereinigten Staaten zurück, wo er Führer der rumänischen Abordnung war, die wegen Rückzahlung der Schulden verhandelte.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Das Verhandlungsprogramm.

P.H. Paris, 15. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Ministerialdirektor Koffe, der Führer der deutschen Handelsabordnung, und Handelsminister Daniel Vincent hatten heute um 10 Uhr vormittags eine Besprechung, wobei sie sich auf ein Programm, das bei den späteren Beratungen durchgeführt werden soll, einigten. Die eigentlichen Besprechungen werden morgen vormittag beginnen. Man wird sich über die Zollsätze für jede einzelne Warenkategorie unterhalten. Die Vollziehung der beiden Handelsabordnungen wird nicht vor Mitte nächster Woche stattfinden können.

Nicht-erhaltene Ver'prechungen.

U. Berlin, 15. Januar. (Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit den Erörterungen des „Daily Telegraph“ über die Stärke der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet wird von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß in der Note der Vorkonferenz vom 16. November die offizielle Ziffer für die Besatzungstruppen, mindestens auf normale Friedensstärke, festzulegen würde. Die Friedensstärke der deutschen Truppen betrug 1914 in der jetzigen zweiten und dritten Zone 40 000 Mann, zuzüglich der militärischen Behörden insgesamt höchstens 50 000 Mann. Zurzeit der Verhandlungen in Locarno betrug die Zahl der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet 80 000 Mann. „Daily Telegraph“ gibt jetzt 75 000 Mann an. Dazu kommt aber noch die 8. und 9. Garnison, die zur Straßburger Garnison rechnet. Es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die von den Alliierten wiederholt gemachten Zusicherungen auf Herabsetzung der Besatzungstruppen im noch besetzten Gebiet bisher in keiner Weise erfüllt worden sind und daß deshalb die Enttäuschungen

und Klagen deutscherseits als durchaus berechtigt betrachtet werden könnten.

Der Auswärtige Ausschuh über die unberechtigte Höhe der Besatzungstruppen.

U. Berlin, 15. Januar. (Drahtbericht.) Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages setzte heute die Besprechungen über den Stand der Auswirkungen von Locarno fort. An der Aussprache beteiligten sich die Abgg. von Rheinbaben (Dt. Volksp.), Dr. Rosenberg (Komm.), Dr. Breitscheid (Soz.), Graf v. Bernstorff (Dem.), Graf v. Helldorf (Wap. Volksp.), v. Graefe (Wöf.), Graf Westarp (Deutschnat.), Dr. Kaas (Zent.) und Dr. Landsberg (Soz.).

Zum Schluß wurde mit allen Stimmen gegen die des Abg. Graf Reventlow (Wöf.) die Stimmhaltung der Kommunisten folgende Entschlieuhung des Abg. Freiherrn von Rheinbaben (Dt. Volksp.) angenommen:

„Der Ausschuh nimmt in einer Debatte über die Auswirkungen des Vertragswertes von Locarno von den Presseberichten Kenntnis, wonach der Unterausschuh der Vorkonferenz beschlossen haben soll, die Truppenzahl der Besatzungsmächte in der zweiten und dritten Rheinlandzone auf etwa 75 000 Mann festzusetzen. Eine Verwirklichung dieses Beschlusses würde berechtigte deutsche Erwartungen auf das stärkste enttäuschen. Sie würde nicht nur die in früheren langwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten bereits erzielten Ergebnisse (Note der Vorkonferenz vom 16. November 1925, erhebliche Herabsetzung der Besatzungstruppen auf annähernd normale Stärke, d. h. annähernd deutsche Friedensstärke) wieder unwirksam, sondern überhaupt in krassem Widerspruch zu der politischen Lage stehen, die durch die Unterzeichnung der Verträge von Locarno geschaffen werden soll.“

Der Auswärtige Ausschuh richtet auch im Hinblick auf weitere außenpolitische Entscheidungen das nachdrückliche Ersuchen an die Reichsregierung, ihre augenblicklichen Bemühungen um Herabsetzung der französischen Besatzungstruppen auf die Zahl der früheren deutschen militärischen Besatzungstruppen von 40-50 000 Mann und um eine den Zweck des Vertragswertes von Locarno entsprechende Regelung des Besatzungsregimes auf das energischste fortzusetzen und dem Auswärtigen Ausschuh baldmöglichst vom dem Erfolg ihrer Schritte Mitteilung zu machen.“

Reichstag und Hochwasserchäden.

m. Berlin, 15. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Trozdem die Verhandlungen über die Regierungsbildung noch keineswegs beendet sind, es vielmehr am Freitag so ausfiel, als ob sich die Lage ganz erheblich zugespitzt hätte und auch infolgedessen die Demokraten schleunigst zu einer Fraktionslösung zusammentraten, hat es der Reichstag doch vorgezogen, nun endlich einmal etwas intensiver als an den ersten Sitzungstagen im neuen Jahre zu arbeiten. Der erste Punkt der Tagesordnung, der eine Einbeziehung der Angelegenheiten mit einem Jahresverdienst von 2700 bis 6000 M in die Erwerbslosenfürsorge verordnete, ging ohne größere Aussprache vorüber. Das Gesetz wurde in allen drei Lesungen angenommen. Dann trat das Haus in die Begründung der verschiedenen vorliegenden Interpellationen über die Hochwasserkatastrophen ein. Im großen und ganzen wurde eigentlich in den ziemlich langen Ausführungen der einzelnen Redner nichts Neues mehr vorgebracht. Mitunter nahmen die Darstellungen sogar den Charakter von gelehrten Vorträgen an. Man ging um Jahrzehnte zurück, verglich frühere Hochwasserkatastrophen mit der jetzigen, wandle sich aber dann doch wieder der Wirklichkeit zu und legte im einzelnen dar, wo und wie am raschesten geholfen werden könne und müsse. Als erster Redner sprach der Zentrumsgesandte von Guedard, der u. a. feststellte, daß durch das Hochwasser im Rheinland dreihunderttausend Personen arbeitslos geworden seien. Ihm folgte der Sozialdemokrat Tabör, der ebenfalls schnelle Hilfe forderte und ebenso wie sein Vordredner die angesetzten Schäden im einzelnen durchsprach. Der Reichsverkehrsminister beantwortete die Interpellationen und gab einen Überblick über die bereits eingeleiteten Hilfsmahnahmen und stellte weitere Unterstützungen der Geschädigten in Aussicht. Besonders hob er hervor, daß der Hochwasserbetrieb ausgezeichnet funktioniert habe, so daß es möglich geworden sei, die Dampfschiffe planmäßig zu räumen und noch größeres Unheil zu verhüten. Die Aussprache zog sich bis in die Abendstunden hin.

Voraussichtlich keine Verzugszuschläge.

U. Berlin, 15. Januar. (Drahtbericht.) In Kürze ist ein Erlaß des Finanzministeriums zu erwarten, nach dem keine Verzugszuschläge auf die jetzt fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben werden sollen, sofern diese Vorauszahlungen bis zum 25. Januar geleistet worden sind.

Der Prozeß Grans.

U. Hannover, 15. Jan. (Drahtbericht.) Am heutigen Verhandlungstage war der Zuschauererraum wieder überfüllt. Pünktlich um 10 Uhr wurden die Verhandlungen eröffnet, jedoch es gar nicht feststeht, ob die Vernehmlichung heute abgeschlossen werden kann. Da heute auch Polizeibeamte zu vernehmen sind, wohnie der Polizeipräsident von Hannover der Verhandlung bei. Ein Polizeibeamter erklärte, daß Grans im Gefängnis beantragt habe, ihn eine hannoversche Zeitung lesen zu lassen, die die Prozeßberichte enthält, anscheinend wollte er sich informieren. Grans bestritt dies. Einige Mitgefängene sagten aus, daß Grans verurteilt habe, sich auch bei ihnen zu informieren.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung sagte Kriminalrat Lange aus, Haarmann habe sich einmal dahin geäußert, Grans habe sein Leben verwirkt, aber er sei noch jung und könne sich bessern. Andere Kriminalbeamte sagten in ähnlicher Weise aus. Darauf trat die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wurden Anträge der Verteidigung auf Abung neuer Zeugen aus Berlin und Hamburg angenommen. Strafgefangener Böring trat dann als Leumundsbeweise gegen den Belastungszeugen Seidel auf. Der Oberstaatsanwalt teilte mit, daß der gezeugte Zeuge Seidel in Magdeburg gefunden wurde und am Samstag vor Gericht erscheinen werde. Der Vorsitzende stellte fest, daß dann die Verhandlungen in der nächsten Woche weitergehen müßten.

Zu einem Zwischenfall kam es, als die Mutter des ermordeten Wibel vernommen wurde, die angab, gehört zu haben, daß Haarmann geschlagen worden sei. Als der Staatsanwalt die Entlassung der Zeugin beantragte, rief sie: „Ja, Sie haben Angst.“ Der Staatsanwalt beantragte eine Strafe von 20 M wegen Ungebühr. Der Verteidiger bat, die Erregung der Frau zu entschuldigen. Nach kurzer Erörterung zog der Staatsanwalt dann den Antrag zurück. Die Verhandlung wurde auf morgen vertagt.

General Ritter von Zylender 70 Jahre.

U. München, 15. Jan. (Drahtbericht.) Der bayrische General der Infanterie Oskar Ritter von Zylender bezing heute seinen 70. Geburtstag.

Drei Bahnarbeiter getötet.

U. Krefeld, 15. Jan. (Drahtbericht.) Heute vormittag wurden auf dem Bahnhof Krefeld-Damm drei Eisenbahnunterhaltungsarbeiter, die mit Schneeräumen beschäftigt waren, von einem einfahrenden Güterzuge erfasst und überfahren. Zwei der Arbeiter waren sofort tot. Der dritte wurde schwer verletzt ins städtische Krankenhaus überführt, wo er inzwischen starb.

Ein Italiener demenst über Mussolinis Krankheit.

U. Genf, 15. Jan. (Drahtber.) Der italienische Konsul in Genf demenst die Meldung des „Matin“, nach der sich Mussolini demnächst einer schweren Operation unterziehen müsse.

Enrico Tofelli gestorben.

U. Rom, 15. Jan. (Drahtbericht.) Heute morgen starb im Hospital in Florenz an den Folgen einer Leberoperation der Musiker Enrico Tofelli, der geschiedene Gatte der früheren Kronprinzessin von Sachsen.

Wieder ein Grubenunglück in Amerika.

*** New York, 15. Jan. (Zunfpruch.)** In einer Grube bei Fairmont in West-Virginia ereignete sich eine Schlagwetter-Explosion. Man befürchtet, daß 38 Bergleute erstickt sind.

JNS. Fairmont (West-Virginia), 15. Jan. (Eigener Asebdienst.) Durch die Minenexplosion auf der Jameson-Rohlenzeche wurden tatsächlich achtunddreißig Bergarbeiter abgetötet. Man befürchtet, daß sämtliche umgelommen sind. Sieben Leichen wurden bisher geborgen.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Anzeigenteil.)

Samstag, den 16. Januar.
Landestheater: „Wallenstein“, Die Piccolomini, 7 1/2-11 Uhr.
Badische Kistelei — Konzerthaus: Indien, das Land der Träume, 8 und 8 1/2 Uhr.
Kolozeum: Variete-Vorstellung, 8 Uhr.
Schwäb. Altbereit: Dampfervermittlung im „Hellened“, 8 Uhr.
Bayerischen-Bereit: Generalversammlung im „Salmen“, 8 Uhr.
Zähring: „Vorwärts“, Stadionball in der Festsalle, 8 Uhr.
Baukammerklub „Prest“: Vortrag im „Friedrichshof“, 8 Uhr.
Wiener Hofspiele: Gesellschaftsabend mit Kabarettvorstellung, 8 Uhr.
Reidens-Variete: Die Proberedame; Eine tolle Grotte; Berichtserkaltung.
Union-Theater: Die vom Niederbela.“

Ein Wiener Original.

Von Hugo Greinz.

Wien, Mitte Januar.

Vor einigen Tagen hat man hier Rudolf Stürzer zu Grabe getragen. Das war ein kleiner, wohlbeleibter Mann mit einem mächtigen Schnauzbart, einem breiten Schlapphut auf dem Kopf, der trotz seiner sechzig Jahre noch kein graues Haar zeigte, und sehr fröhlichen, fast spitzbübischen Augen hinter blauen Brillengläsern.

In Wien kamen ihn viele, viele Tausende, und seine Popularität war in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Ihren Ursprung besaß sie eigentlich in den Kreisen des Rennsports. Er war Gründer und Chefredakteur des „Sport“ gewesen, und schon in der Zeit dieser seiner sportlichen Propaganda-Tätigkeit bis hinauf zu den feudalen Hochadeligen als „der Stürzer“ sehr bekannt und wohlgekannt.

Dies allein hätte aber kaum genügt, um ihn für ganz Wien zu einer der charakteristischsten Gestalten zu machen. Es trat noch etwas anderes dazu. Stürzer hat ganz kurze, mit glänzendem Humor hingeworfene Wiener Skizzen geschrieben, in denen sich der Kreiswähler dieser Stadt mit großem Behagen wieder erkannte. Es waren nicht viele, kaum hundert, wenn er ein Duzend besaßen hatte, war wiederum ein Bändchen fertig. Der Wiener Alltag hatte seit langem keinen so trefflicheren, witzigen und gemütvollen Porträtierten zugleich beisehen. Er war der letzte jener alten Garde, in der einst ein Schlägl, Köhl, Chiavacci den Ton angaben. Er war ja selbst eine der wienerischsten Gestalten, und mit dem Fiazler, dem Stammgast, dem Poljiziten, den Bezirkspolitikern und den allerlei anderen Typen, die seine Geschichten bevölkerten, konnte er an Bodenständigkeit mit Erfolg wetteifern.

Er war ein Arznieuer, trotzdem er in Udine, — gerade noch im letzten Jahre des österreichischen Venedig — geboren war. Aber man konnte ihn gewissermaßen den Bohemien unter den Philistinen nennen. In mehr als einem Künstlerkreise sah er als vollberechtigtes Mitglied, und an einem Tisch führte er seit Jahr und Tag anerkannte Diktatur. Das war der „Musikanten“-Tisch, so benannt nach der bekannten satirischen Wochenschrift, zu deren Gründern er zählte. Das ist eine Runde von Malern und Schriftstellern, Offizieren und Studenten, denen sich im Laufe der Zeit, besonders der Nachkriegszeit auch genug bürgerliche Mitgänger angeschlossen haben. Jeden Samstag präsidierte er dort bis tief in den Morgen hinein, — auch in der Zeit der frühen Sperrstunde hatte dieser Stammtisch einen wohlgesinnten Wirt und einen rauchigen Gasthauskeller gefunden, aus dem kein verräterischer Lichtschein auf die Straße drang. Dort erlebten die Wiener Skizzen Stürzers jedesmal ihre Premiere, dort las er sie zum erstenmal vor, ehe sie in den Zeitungen erschienen und hierauf dem größeren Publikum zum Vortrag gebracht wurden. Niemand las sie besser als Stürzer selbst, und es war begreiflich, daß er mit ihnen Gastsprecher durch ganz Oesterreich unternehmen konnte. Reich wurde er allerdings nicht mit ihnen, und wäre es auch nicht geworden, wenn er zehnmal soviel damit verdient hätte. Er hatte

arm angefangen — als Seherlehrling — und ist arm gestorben. Er hatte das Leben viel zu gern, um sich etwas von dem versagen zu wollen, was es ihm bieten konnte. Er hat vielen Menschen fröhliche Stunden gebracht, in ganz ähnlich unliterarischer Weise, wie im Mittelalter die fahrenden Sänger, von Burg zu Burg, von einem Dorfplatz zum andern zogen, und sich dabei auch keine irdischen Schätze sammelten. Mit ihm hat der Wiener Volkshumor des alten Schlages jedenfalls einen Abbruch gefunden, es steht kein Nachfolger zu erwarten. Die Spätgeborenen sitzen im Cafe Central und im Herrenhof und grübeln über Probleme und Dichtungen, die den Wiener Durchschnittsmenschen den Mund weder nach oben, noch nach unten verziehen lassen. Stürzer war kein Herrenhof-Gast, dafür aber kannte er die Weinstuben, wo es den besten Heurigen gab, nicht nur in der Stadt selbst, sondern im ganzen Umkreis des mit Nebenhängen umkränzten Wien. Und er kannte nicht nur dessen Wein, sondern auch dessen Seele. Und war ein Original, dessen Hingang von vielen, vielen betrauert wird. Denn viele, viele liebten diesen fröhlichen Wiener mit dem grimmigen Schnauzbart, dem breiten Schlapphut und der unentbehrlichen Virginier-Zigarre im Mundwinkel.

Schnee.

Von Hans Wollgang Bohm.

Schnee ist Kristallgeburt aus Dünken des Befiedten. Sein Körper ist Sichtbares im Unsichtbaren. Greifbar gewordene Seele, die das Keine füllt.

Wenn Schnee fällt, regiert das Wirkliche, wenn er schmilzt, das Märchen.

Schnee ist Mußli, die das Kalte, Unbeugsame zur Milde zwingt. Die fallende Flode harft immer und überall eine Weise des Befreunden. Mag sie wirbelnd oder hemmend gleiten, eilen oder zögern. Wie ein Wunder, das sich nicht verstehen darf, taufte diese Flode an Dächern und Zweigen, Zäunen und Gegenständen entlang. Wo aber Flode um Flode das Mißfarbene deckt, liegt Schmelz des Unendlichen darüber. Dufstig und zart, wie ein Verweilen im Lande der Kindheit.

Schnee ist die behäulichste Form des Wassers, der sinnigste Abganz seiner Segnung. Denn ohne Wasser schlüge kein Herz, orgelte kein Hirn und sprokte keine Blüte. Der letzte Hauch des Lebendigen erstürbe. Das Lebendige tauchte wieder ganz unter in das grenzenlose Meer bemußtlosen Seins.

Straßen im Schnee sind bei Nacht zu begehen. Dann flüchtet die beengende Scheu vor dem Vergänglichem ins Unausprechliche. Das Herz pulst im Ewigem, das aus dem Gesehm der Telegraphendrähte zu uns flüstert.

Dächer im Schnee sind im Mondlicht zu betrachten. Dann huschen tausend blaue Seelen im zitternden Reigen umher. Und der dunkelblonde Mond wird blaß vor Erstaunen, daß die Erde noch solch seltsame Wunder zu zeugen vermag.

Bälder im Schnee sind beim frühen Morgenrauen zu durchschreiten. Dann spricht nur Friede aus weißen Augen zeitloser Er-

griffenheit. Die Spuren des Wildes zeichnen ein Erinnerungsblatt der Paradiesesdichte. Welligend erstrahlt ein Zweig davon und flücht laufend fiberweisse Stengen in die Weite.

Ebenen im Schnee sind zwischen Tag und Nacht zu beaufsuchen. Dann zeigt das Unendliche zwischen Licht und Schatten das Unbegrenzte an. In dir aber löst sich ein Zugang des Unbegreiflichen jede leiberrfüllte Stunde deines Lebens aus. Du bist ein Wunder der Nähe und Ferne, ein Körper des Nichts und des Weltenfeins zugleich, ein Unsterbliches zwischen Geburt und Tod.

Wenn Schnee unter Rußen des Schlittens knirscht, träumt es das Schicksal alles Wandelbaren. Schnee solltest du nie betreten. Warum ist das alles erzählt? Schnee flodte vor meinem Fenster und ein Lehrbuch sollte mir das Wunder deuten.

... Das Symmetrisystem, in dem die Stereokristalle des Schnees sich konstant ausbilden, ist das hexagonale System, charakterisiert durch eine vertikale Hauptachse und drei gleiche horizontale Nebenachsen, die in der Mitte der ersten sich unter gleichem Winkel von 60 Grad schneiden. Je nachdem nun das Wachstumskriterium dieser Symmetrieachsen wechselt und der periodisch wechselnde Anhalt der erstarrenden Wassermoleküle in Anpassung an die äußeren Existenzbedingungen geschieht, entwickeln sich bei dem Sublimationsprozeß des atmosphärischen Wasserdampfes die verschiedensten Gebilde ...

Also las ich, Kopfschüttelnd mußte ich lächeln. Immer weichen fremder wurde mir das Buch und verstand in eine Zimmerkerze. Der Weisheit fehlt die Tiesel. Ein Gramen in Kristallfunde würde ich niemals bestehen können. (Gramen waren überhaupt immer meine schwächste Seite. Die Welt eines umspannend Erführbaren läßt sich dem genügiam Erlannten nie bezwingen.)

„Stereokristall, hexagonal vertikal, horizontal, Nebenachse, gleiche Winkel, periodisch wechselnder Anhalt, Sublimation“ — das würde ich im Zusammenhang nie bestehen können. Auswendig schon war nicht. Auch dem Schnee stehe ich zu nahe, um wissenschaftlich Neugier das Wunder zu deuten. Nur im Erleben kann ich das Dasein begreifen, erklären läßt es sich nicht. Und Fremdwörter sind nur Hatzlektre der Verlegenheit.

Mir will schelen, nach Naturerleben ringt die tiefste Sehnsucht unferer Zeit.

Badisches Landestheater. Für die Wiederholungen der Operette „Annaliese von Dessau“ sind ermäßigte Preise angelegt worden und zwar: Oberriß 1, Weibung 1.40 M., (1 M. bis 7.90 M.). Dies gilt für die Aufführung der Operette am Sonntag, den 24., abends, aber auch für die am Dienstag, den 19. Januar.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Die musikalische Einstudierung und Leitung von „Figaros Hochzeit“, die für Dienstag, den 21. Januar vorbereitet wird, und zu der die Proben in vollem Gange sind, liegt in Händen von Ferdinand Wagner, Genüßliche Leituna: Otto Krauß. — Die Dekorationen werden nach Entwürfen von Emil Burkard, die Kostüme nach Entwürfen von Margarete Schellenberg in den Werkstätten des Landestheaters angefertigt. Die Regiearbeiten wurden in der Uebersetzung von Germain Lodi gewährt.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 16. Januar 1926.

Fasching und Einzelhandel.

Eine Eingabe des Bad. Einzelhandels an das Ministerium des Innern.

Die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels E. B. hat wegen der Faschingsveranstaltungen folgende Eingabe an das Badische Ministerium des Innern gerichtet:

„Auf dem Wege einer öffentlichen Kundgebung in den badischen Tageszeitungen hat vor kurzem der Präsident des evangelischen Oberkirchenrats an den Herrn Minister des Innern die Aufforderung gerichtet, Faschingsveranstaltungen jedweder Art im Jahre 1926 zu verbieten.

Wenn wir nun auch durchaus nicht den Ernst der Zeit verkennen, und uns gerne damit einverstanden erklären, daß gewisse Einschränkungen in den Faschingsveranstaltungen, besonders auf öffentlichen Plätzen und Straßen, verfügt werden, so wäre es unseres Erachtens andererseits doch durchaus verfehlt, dem Antrag des evangelischen Oberkirchenrats stattzugeben und die Abhaltung von Faschingsveranstaltungen generell zu verbieten. Gegen ein solches Verbot sprechen mehrgleiche gewichtige Gründe:

Es darf nicht übersehen werden, daß von der Herstellung und von dem Vertrieb der anlässlich der Faschingsveranstaltungen gebrauchten und verbrauchten Kostüme und Artikel ein weites Kreis von Personen — Arbeiter, Angestellte und Arbeitgeber — lebt, die bei einem generellen Verbot aller Faschingsveranstaltungen arbeitslos und vertriebslos würden. An eine Unterbringung dieser Personen in anderen Betrieben oder in anderen Berufszweigen wäre angesichts der heutigen wirtschaftlichen Lage gar nicht zu denken, so daß sie das an sich schon nahezu unerträgliche Schicksal der Wirtschaft lassende Heer der Arbeitslosen noch weiter vergrößern würden. Wie außerordentlich hart auch die Unternehmer heute zu kämpfen haben, dürfte dies bekannt sein; durch Verbote vorgedachter Art würde dieser Kampf für viele Unternehmer aussichtslos werden und mit raschem Ruin enden.

Auch für den Einzelhandel, dessen Interessen wir in erster Linie zu vertreten haben, ist ein generelles Verbot der Faschingsveranstaltungen, das selbst eine über gewisse Grenzen hinausgehende Einschränkung derselben, untragbar. Der Einzelhandel der einschlägigen Branche müßte sich schon vor geraumer Zeit mit geeigneten Stoffen, Kostümen, Waren und Artikeln eindecken und er würde auf diesen Vorräten hoffnungslos sitzen bleiben, wollte das Badische Ministerium des Innern dem Antrag des evangel. Oberkirchenrats Folge geben. Die Waren sind in weitem Umfange dem Verderben ausgesetzt — wir erinnern nur an leicht vergoldete und versilberte Waren, an Filzstrümpfe und dergl. — und können zum großen Teil bis zum nächsten Fasching nicht aufgehoben werden, ganz abgesehen davon, daß ihre Lagerung außerordentliche Zinsen frisst und ja auch noch gar nicht feststeht, ob sich die wirtschaftliche Lage bis zum nächsten Jahre soweit gebessert hat, daß das Verbot keine Wiederholung zu erfahren braucht. Es dürfte deshalb nicht unbedacht geblieben sein, daß sich die Konfakturen und Geschäftsaussichten auch beim Einzelhandel in den letzten Monaten in erschreckender Weise gemehrt haben und es wäre deshalb nicht zu verantworten, wollte man durch Verbote bevorstehender Veranstaltungen die Verkaufsmöglichkeiten hierfür bestimmter Waren und Artikel ausschalten und dem Einzelhandel zu dem durch die Einschränkung der Veranstaltungen bisher schon entstandenen Verlusten noch neue Verluste aufbürden.

Aus all den vorerwähnten Gründen haben wir die dieser Tage in der Presse erschienene amtliche Verlautbarung über den Fasching 1926 begrüßt und es dankbar empfunden, daß das Ministerium des Innern offensichtlich keine Neigung hat, die bisher angeordneten Einschränkungen zu einem völligen Verbot der Faschingsveranstaltungen auszubauen. Wir bitten das Ministerium des Innern dringend, sich von diesem Vorhaben abzurückeln und die Aufforderung des evangel. Oberkirchenrats nicht abzugeben, so lassen und von weiteren einschränkenden Verordnungen abzusehen. Die gesamte Wirtschaft wird dem Ministerium des Innern hierfür Dank wissen.

Im übrigen stimmen wir den Schlüssen der vorerwähnten amtlichen Verlautbarung, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit allgemeiner Mischarbeit auch nicht erträglich sei, unbedingt zu. Ein Herausarbeiten aus der gegenwärtigen Lage ohne eine gewisse Zukunftsfähigkeit und ohne tatkräftigen Willen zum Leben und zum Vorwärtsschreiten erscheint uns ausgeschlossen. Die Mischarbeit und Kopfänger werden die Gegenwart sicher nicht meistern, wohl aber diejenigen, die sich die Hand reichen zum gemeinsamen fröhlichen Kampfe in der Überwindung entgegenstehender Schwierigkeiten.

Stadtrat Dietrich. Bei der gestern vom Bürgerausschuß vorgenommenen Erziehung für den verstorbenen Stadtrat Jakob wurde das deutschnationale Mitglied des Stadtratsvorstandes, Herr Kaufmann Rud. Dietrich mit 53 (von 72 abgegebenen) Stimmen zum Stadtrat gewählt.

Falsche Zehnmarkstücke. Das Reueite auf dem Gebiet der Falschmünzerei sind bronzierte Eisenstücke. Auf diese Weise sucht man alte, wertvolle Geldstücke als Zehnmarkstücke an den Mann zu bringen. Vorerst scheint sich der Umlauf des Falschgeldes auf den Allgäu zu beschränken.

Der Bürgerverein der Altstadt, E. B., beacht am Sonntag, den 17. Januar, in den Räumen der Gesellschaft „Eintracht“ die Feier seines 20. Stiftungsfestes und ladet seine Mitglieder, Freunde und Gönner hierzu ein. Als Mitwirkende wurden genannt: Bräulein Emma und Alie Kunz, Fäna; Herr Konzertänger Karl Müller, Wartin; Herr Fritz Admild, Homoe; Herr Pianist Gustav Härtgers; das Gesangsensemble unter Leitung seines Chorleiters, Herrn Hans Wabler. (Weiteres ist aus den Anzeigen zu erfahren).

Arbeiterbildungsverein. Die Kammermusikanten des Vereins, von denen der zweite in diesem Winter Montag den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Vereinsheimes stattfand, begannen seit einem Jahre von Jahren bei weitem größeren Interesse an der künstlerischen Interpretation geboten wird. Und dies bei freiem Eintritt für die Mitglieder und die Freunde des Vereins. Das neue Jahr brachte dem Verein aus den längst ersehnten neuen Säulen, wodurch die reiche Klavierliteratur und das moderne Lied intensiver gepflegt werden können als bisher. Die musikalische Leitung des Kammermusikensembles hat Dr. S. R. n. H. L. der erste Kapellmeister am Landesopertheater. Es ist ein Schicksal, das die reiche Klavierliteratur und das moderne Lied intensiver gepflegt werden können als bisher. Die musikalische Leitung des Kammermusikensembles hat Dr. S. R. n. H. L. der erste Kapellmeister am Landesopertheater. Es ist ein Schicksal, das die reiche Klavierliteratur und das moderne Lied intensiver gepflegt werden können als bisher.

Kolonnen. Kom Wiro wird uns mitteilt daß am 16. Januar ein ganz neues Varieteprogramm läuft. Die Spielpläne enthält eine Reihe abwechslungsreicher Spezialitäten, deren Darbietungen überall, wo sie bis jetzt engagiert waren, die größten Erfolge zu verzeichnen hatten. Wir verweisen auf die Inserate, wonach die Vorstellungen täglich 8 Uhr beginnen. Am Sonntag finden 2 Vorstellungen statt, wie bisher, 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Karlsruher Filmchau.

In den Palais-Varietés (Herrnstrasse) wird seit gestern mit großem Erfolg der neue Film „Kampf um Rom“ vorgeführt. Der Film, der in 8 Akten nicht wie es infolge eines Druckfehlers in der letzten Anzeige (S. 2) in 9 Akten) ein Bild des Lebens des Reichskanzlers Bismarck zeigt, ist eine der bedeutendsten Schöpfungen auf dem Filmmarkt. Der Verlauf des Bismarckdramas kann gerade im Hinblick auf den Gedenktag der Reichsgründung nur jedermann empfohlen werden.

Im Kulon-Theater wird am Sonntag der Film „Die vom Niederrhein“ vorgeführt. Wer kennt nicht den Roman von Rudolf Herzog gleichen Namens. Die dieser Roman, so wird auch der Film seinen Geschehnis durch die Welt machen. Der Regisseur Rudolf Walter hat die Verfilmung dieses Werkes glänzend durchgeführt. Der Film spielt ausfangs in der Heimat des Hans Stelcher, am Niederrhein. Die Wotarauben und Aufnahmen sind hervorragend. Ein besonderer erwähnenswertes Bild ist die Aufnahme einer Seebühnen-Schloßbeleuchtung.

Eröffnung der Atlantik-Vielstiege. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich ist, werden die Atlantik-Vielstiege, Kaiserstraße 5, heute unter der neuen Direktion des bekannten Kino-Darstellers Herrn E. M. a. s. b. a. e. r. der bereits seit mehr als 10 Jahren das höchste Weltkino mit Erfolg führt, eröffnet. Das Eröffnungsprogramm festlich wie folgt zusammen: 1. „Der Witzhaufen“, ein 100 PS-Vieles-Abenteuer in 7 Akten, mit Reginald Denny in der Hauptrolle, dem bekannten Darsteller des „Borckhöfing von Kemnath“. 2. „Wenn Du eine Braut hast...“, eine tolle Geschichte in 5 Akten. In der Hauptrolle Talmadge, der sich erst kürzlich mit seinem „Sportklub von Mexiko“ in Karlsruhe aufgeführt hat.

Die Erbauung neuer Straßenbahnlinien vor dem Karlsruher Bürgerausschuß.

Ein kleines Intermezzo der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung. — Annahme der Stadträtlichen Pläne.

B. Karlsruhe, 15. Januar.

Zum erstenmale seit längerer Zeit fand die Bürgerausschußsitzung wieder im großen Rathsaal, der jetzt Bürgeraal genannt wird, statt. Leider ist aber der Saal immer noch nicht fertig. Die Wände zeigen anstelle der Gemälde einstellten nur Holzstells zur Aufnahme der Bilder. Durch diese Lücken tritt aber die unruhige Bemalung der Säulen mit schwarzen Arabesken und das grelle Rot der Bilderrahmen einwirken sehr ungünstig in die Erscheinung, so daß gestern das geflügelte Wort gebraucht wurde: Im Karlsruher Rathaus dominiere schwarz-rot.

Die Sitzung selbst nahm einen glatten Verlauf trotz der verschiedenen Wünsche, die von den einzelnen Parteien noch vorgetragen wurden. Auch hier hat es sich gezeigt, daß man sich alles wünschen kann, daß man aber schließlich froh sein muß, wenn man das bekommt, was die Herren Stadträte in den Bereich des Möglichen stellen. So blieben die Wünsche der Deutschnationalen auf Einbeziehung der Geistlichkeit bei der Verteilung der Pfränder in Minderebene ebenfalls unberücksichtigt wie die Anregungen der Deutschen Volkspartei in Bezug auf die Verringerung der vorgeschlagenen Linienführung. Ein heiteres Intermezzo gab es durch die Erklärung von vier Mitgliedern der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung, die es ablehnen, anstelle einer unpolitischen Wirtschaftlichen Bürgervereinigung eine politische „Wirtschaftliche Bürgervereinigung des Badischen Mittelstandes“, die sich bekanntlich den Deutschnationalen angegeschlossen hat, zu vertreten. Diese Erklärung führte natürlich zu einer Gegenreaktion der Zwei-Männerfraktion der politischen Wirtschaftlichen Vereinigung, die die Trennung schon durch die Verletzung ihrer Plätze bedauert hatten.

Interessant waren n. a. auch die Feststellungen des Stadtrats W. Frey über das Verhältnis des Kreises zur Albtalbahn, aus denen zu ersehen war, daß der Kreis Karlsruhe der Weag ganz erheblich unter die Arme greifen mußte zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Albtalbahn, die von kommunistischer Seite also mit Unrecht als „Profitschlitte“ bezeichnet wurde.

Sitzungsbericht.

Oberbürgermeister Dr. Fin er eröffnet die Sitzung 4.10 Uhr. Anwesend sind 93 Mitglieder. Die Versammlung ist beschlußfähig. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Kommunist M. o. z. den Antrag, eine Kundgebung zur Fürstenabfindung an die Spitze der heutigen Sitzung zu stellen. Der Vorsitzende stellt fest, daß dies nicht möglich sei.

Als erster Punkt gelangt zur Erledigung die Abhör der städtischen Rechnungen für 1921 und 1922. Stadtratsverordneter Strobel (Zentr.) gibt einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Stadt in den Jahren 1921 und 1922. Der Bericht wird genehmigt.

Die Errichtung einer planmäßigen Stelle für einen evangelischen Religionslehrer an der Helmshofschule gibt dem Kommunisten M. o. z. wieder Gelegenheit, gegen diese Stelle Sturm zu laufen.

Stadtratsverordneter Dumas (D. Nat.) begrüßt namens seiner Partei die Errichtung einer Stelle eines Religionslehrers, ähnlich sprich sich auch Stadtratsverordneter Strobel (Zentr.) aus. Die Vorlage wird mit Mehrheit angenommen. Die Linke beteiligt sich nicht an der Abstimmung.

Die Verringerung der Satzungen der städtischen Spar- und Pfandkassen.

Durch die Satzungen soll die Pfandkassen ermächtigt werden, Pfänder aus freier Hand an Minderebene abzugeben.

Zu der Vorlage sind einige Änderungsanträge eingegangen. Der Zusatzantrag der Deutschnationalen verlangt, daß der freie Verkauf von Pfändern an Minderebene nur erfolgen soll im Einvernehmen mit dem Fürsorgeamt und den Pfarrämtern. Die Kommunisten verlangen, daß gewisse Pfänder des täglichen Bedarfs zu Gunsten der Erwerbslosenfürsorge verwendet werden.

Stadtrat Schwab (Zentr.) begrüßt die Vorlage, wünscht aber genaue Kontrolle, daß kein Mißbrauch bei der freihändigen Abgabe von Pfändern getrieben wird.

Stadtratsverordneter Schwall (Soz.) tritt dem Zusatzantrag der Kommunisten entgegen. Durch eine solche Bestimmung würde das ganze Pfandwesen in andere Hände kommen.

Stadtratsverordneter Hoß (Kom.) begründet seinen Zusatzantrag und bringt eine Reihe von Wünschen zur Verbesserung des Geschäftsbetriebes in der Pfandkassenanstalt vor.

Stadtratsverordneter Schwarz (Wirtsch. B.) begrüßt die Neuerung. Er kritisiert, daß durch eine sog. Ringbildung der Steigerer die Preise bei dem Verkauf von Pfändern gedrückt werden. Die Veranlassung der Pfarrämter zur Mitwirkung der Verteilung der Pfänder an Minderebene halte er nicht für notwendig.

Stadtr. Ziegler (D. Nat.) regt an, daß bei Verteilung von wichtigen Gegenständen entsprechende Anzeigen in den Zeitungen erlassen werden, damit genügend Kaufstücker sich melden.

Stadtr. Braun (Dem.) kommt auf Geschichte der Sparkasse zu sprechen, wobei er das Verhältnis zwischen Hypothekendarlehen und Kontokorrentdarlehen bemängelt.

Bürgermeister Dr. Klein schmidt teilt mit, daß der Zusatzantrag der Deutschnationalen dahin geändert worden sei, daß man anstelle der Pfarrämter die Wohlfahrtsvereine zur Beratung heranzuziehen solle. Er ersucht aber, alle Zusatzanträge zurückzugeben bezw. abzulehnen, da sonst die Gefahr besteht, daß die Statutenänderung von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt werde. Was die Geschäftsführung der Sparkasse anbelange, könne er mitteilen, daß die Sparkasse Karlsruhe sehr weit gegangen sei in der Ausgabe von Hypothekendarlehen. Ein großer Teil der Kontokorrentdarlehen erstehe übrigens die Hypotheken. Der Zinssatz sei allerdings unerwünscht hoch. Wenn man aber Sparanlagen haben wolle, müsse man eben genau so hohen Zins geben, wie die Banken. Je höher die Zinssätze seien, um so höher seien auch die Zinsen für geliehenes Geld. Er hoffe aber, daß durch eine Vereinbarung der Banken in nächster Zeit eine Senkung der Zinsen erfolgen könne.

Stadtr. Obmann Rothweiler wünscht die Ablehnung des Antrags, daß auch die Pfarrämter bei der Vergebung von Pfändern gehört werden sollen.

Stadtr. Dr. Frey (Dem.) warnt ebenfalls vor der Heranziehung der Pfarrämter, die dadurch nur belastet würden ohne jeden praktischen Wert.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtrats angenommen, die Zusatzanträge der Deutschnationalen und Kommunisten abzulehnen.

Die Vorlagen über Erwerb und Verkauf von städtischen Grundstücken werden ohne Debatte angenommen, ebenso die Vorlage über den Erwerb von Straßenherstellungskosten.

Erweiterung des Straßenbahnnetzes. Ueber die Vorlagen, die eine Erweiterung des Straßenbahnnetzes in Beiertheim und Daxlanden vorsehen, haben wir schon ausführlich berichtet. Zu der Stadtratsvorlage sind eine Reihe von Anträgen eingegangen. Der Oberbürgermeister stellt fest, daß die Anträge über die Straßenbahn nach Rippurr nicht zur Abstimmung kommen können, da diese Straße nicht auf der Tagesordnung stehe.

Der Antrag könne der Änderungsantrag der Deutschen Volkspartei, der sich mit der Linienführung nach Beiertheim beschäftigt, zur Beratung gestellt werden. Die Mitglieder der Deutschen Volkspartei beantragen zur Linienführung nach Rippurr: „Die Ausgestaltung der Stillinger Allee und der Rastatter Straße mit einem harten, steinfreien Belag sofort in Angriff zu nehmen und die Autobusverbindung mit Rippurr in städtischer Verwaltung bis spätestens 15. April 1926 zu beginnen.“

Bürgermeister Schneider begründet in längeren Ausführungen die Stadtratsvorlage. Er tritt dem Wunsch entgegen, die Bahn in Beiertheim nur bis zur Gebhardtstraße zu führen. Dadurch würde die Rentabilität der Bahn leiden. Die Bahn nach Rippurr könne nicht so schnell gebaut werden, wie man sich dies allgemein vorstelle.

Stadtr. Obmann Rothweiler stellt fest, daß grundsätzlich Bedenken gegen die einzelnen Linien nicht vorgeführt wurden im Stadtratsverordneten-Vorstand. Er sei selbstverständlich, daß man alle Wünsche nicht erfüllen könne. Viele der geäußerten Wünsche richteten sich eben nach der Wohnung der Einzelnen. Das dürfe aber nicht maßgebend sein. Maßgebend sei nur das, was im Interesse des Ganzen notwendig sei. Die Stadtverwaltung sei bei den Plänen ganz objektiv vorgegangen. Die Rippurrer hätten allerdings allen Grund zur Beschwerde, denn die Verkehrsverhältnisse der Weag seien einfach unhaltbar. Die Stadtverwaltung müsse alles tun, um die Wünsche der Rippurrer möglichst bald zu erfüllen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß sich zu dieser Vorlage schon zehn Redner gemeldet haben. (Große Bewegung.)

Stadtr. Hebing (Zentr.) vertritt die Interessen der Beiertheimer. Nach seiner Ansicht müsse die Straßenbahn in Beiertheim durch ganz Beiertheim bis nach Bulach geführt werden. Bedauerlich wäre es, wenn man die Linie nicht direkt in das Innere der Stadt führen würde. Mit der direkten Verbindung Beiertheim-Bahnhof sei den Beiertheimern nicht gebient.

Stadtr. Steinwurz (Wirtschaftl. Bürgerver.) gibt zunächst die Erklärung ab, daß vier Stadtratsverordnete der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung, nämlich die Stadtr. Steinel, Steinwurz, Joos und Bönndle es ablehnen, sich in das Schlepptau der politischen Wirtschaftlichen Vereinigung nehmen zu lassen. Im übrigen unterstützt der Redner die Wünsche der Vorortie auf den Ausbau der Straßenbahn.

Stadtr. Dr. Frommherz (Zuruf: Jetzt kommt der politische Wirtschaftler) gibt ebenfalls eine Erklärung ab, aus der zu entnehmen war, daß zwei Mitglieder der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung, nämlich der Stadtr. Dr. Frommherz und Schwarz zu der Richtung gehören, die sich politisch den Deutschnationalen unter Führung des Herrn v. Au angeschlossen hat. An Hand von Zuschriften sucht er den Nachweis zu führen, daß auch die anderen Mitglieder der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung sich politisch betätigt haben, daß sie also auch nicht unpolitisch seien. In längeren Ausführungen beschäftigt sich dann der Redner mit den Straßenbahnprojekten, wobei er für die Erstellung einer direkten Linie nach Rippurr eintritt.

Stadtr. Dietrich (D. Nat.) begrüßt die Vorlage, die als ausgezeichnetes Programm bezeichnet werden dürfe. Es sei nur zu wünschen, daß im Interesse der Belegung des Arbeitsmarktes alle die Arbeiten bald in Angriff genommen werden können. Nicht weniger dringend aber sei die Verbesserung der Verbindung nach Rippurr und dem Albtal. Der Betrieb der Albtalbahn sei so schlecht, daß man eigentlich der Gesellschaft die Konzession entziehen sollte. Aber auch Rippurr dürfe nicht vergessen werden.

Stadtr. Bauer (D. B.) tritt ebenfalls energisch für die Straßenbaupläne ein. Er sagt bei dieser Gelegenheit, ob es denn nicht möglich sei, auch den Durchbruch der Amalienstraße gleich in Angriff zu nehmen, um den Arbeitslosen das zu geben, was sie brauchen und haben wollen: Arbeit. Der Redner begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion, die volles Verständnis dafür habe, daß die Bahn auch nach Bulach geführt werden müsse. Man müsse aber darauf bedacht sein, im Rahmen des Möglichen das Notwendigste zu schaffen. Der Redner tritt ebenfalls für die Interessen der Rippurrer ein, indem er ersucht, den Autobusverkehr so schnell als möglich einzuführen. Sehr notwendig sei auch die Erstellung von Warterhallen an verschiedenen Stellen der Stadt. Im übrigen sei der gute Stand der Straßenbahn anzuerkennen.

Stadtr. Beeß (Soz.) meint, daß ein großer Teil des Programmes des Stadtrats Zukunftsmusik sei. Es müsse allerdings Aufgabe der Stadtverwaltung sein, die dringenden Wünsche möglichst bald zu erfüllen. Berücksichtigen müsse man allerdings, daß die Mittel knapp seien. Ganz dringend sei die Erfüllung der Wünsche von Rippurr, das in Bezug auf Straßenbahnverbindung tiefmütterlich behandelt worden sei und derjenigen von Rippurr.

Stadtr. Kehler (Dem.) glaubt, daß die Linie nach Beiertheim ein Fließwert sei. Auch in Wülzburg sollte man die Ost-West-Linie etwas anders führen.

Stadtr. Weckenfelder (Kom.) beschäftigt sich eingehend mit den „gewinnenden Aktionären des Profit- und Kuchschlittens der Albtalbahn“. Er wünscht auch, daß bei den Kolonnenarbeiten die ausgesetzten Arbeitslosen ebenso beschäftigt werden wie die anderen Erwerbslosen. Das Reich müßte eben für die Mittel aufkommen. Das sei wichtiger als die Unterstützung der durchgebrannten Fäulnis.

Stadtr. Schwab (Zentr.) bedauert, daß die Vorlage über die Erbauung einer Straßenbahn nach Rippurr nicht heute schon zur Genehmigung vorliege. Neben dem Bahnbau dürfe man allerdings auch den Straßenbau nicht vernachlässigen. Es sei daher zu wünschen, daß der Durchbruch der Amalienstraße endlich in Angriff genommen werde.

Stadtr. J. Kieger (Dem.) weist in längeren Ausführungen auf die Erhöhung der Siedelung in Rippurr von Seiten der Albtalbahn. Der Zustand sei einfach unhaltbar. Das einfachste und radikalste Heilmittel wäre die Errichtung einer Straßenbahn durch die Stillingerstraße nach Rippurr. Die Albtalbahn soll ihren Charakter als Fernbahn behalten. Die Stadt habe alle Ursache, den Siedlern in Rippurr entgegenzukommen, denn diese hätten der Stadt auch viel genützt zur Abhilfe der Wohnungsnot.

Stadtr. Höhn (Soz.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß alle Parteien so energisch für die Rippurrer eingetreten seien. Die Albtalbahn habe zugegeben, daß sie den Vorortverkehr nicht bewältigen könne, also müsse eben die Stadt für neue Verkehrsmittel sorgen und zwar in beschleunigtem Tempo.

Stadtr. W. Frey tritt der Ansicht entgegen, daß es sich bei dem Betrieb der Weag um das Fetzmaden von Aktionären handle. Das könne schon deswegen nicht der Fall sein, weil ein großer Teil der Aktien vom Kreis Karlsruhe übernommen wurde, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Beteiligung des Kreises an der Weag habe zu einer wesentlichen Verbesserung der heruntergewirtschafteten Bahnanlagen und des Wagenmaterials geführt. Die Einführung des Bietelfundendverkehrs auf der Albtalbahn sei ohne zweigleisigen Ausbau unmöglich. Dieser aber erfordere solche Summen, die heute einfach nicht aufzubringen seien. Das zweite Gleis bis Ettlingen würde tatsächlich über eine Million kosten. Was das an Zinsen und Amortisation verlange, könne sich jeder selbst ausrechnen.

Stadtr. Zeidler (Soz.) tritt für den Ausbau der Bahn nach Rippurr ein, das das Mauerblümchen der Vorstädte sei.

Stadtr. Bürle (Kom.) behauptet nach wie vor, daß die Weag profitwirtschaftlich eingestellt sei. Es müsse allerdings anerkannt werden, daß die Albtalbahn seit der Beteiligung des Kreises etwas besser betrieben werde.

Stadtr. Spachholz (Soz.) tritt für die Interessen der Stadtteile von Daxlanden und Grünwinteln ein.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Stadtratsvorlage. Der Änderungsantrag der Deutschen Volkspartei wird abgelehnt. Um 1/8 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Advertisement for Kaiser's Brust-Caramellen (Chest Caramels) for cough relief. Text includes: 'Millionen gegen Husten, Heiserkeit, Keuchhusten, Verschlammung, schmerzhaften Hals, Katarrh als Vorboten aller gegen Erkältungen Kaiser's Brust-Caramellen mit den Tannen. Die sichere Hilfe beweisen 7000 mal begl. Zeugnisse von Aerzten und Privatent. Was kann Sie besser überzeugen? Appetitanreg., leinschmeckende Bonbons.' Includes a small illustration of the product box.

Aus Baden.

Zehn Jahre Badische Gesellschaft für soziale Hygiene

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene wurde am 16. Januar 1916 im Anschluß an einen Kongress der sich kurz zuvor im Reichstagsgebäude mit dem Thema „Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft“ befaßt hat, gegründet.

Die Gesellschaft für soziale Hygiene, deren erster Vorsitzender zunächst Geh. Obermedizinalrat Haufer und nach dessen Tode Prof. Dr. med. R. Vaaß-Karlstraße wurde, hat eine bedeutungsvolle Tätigkeit entfaltet; sie hat die Gesundheitspolitik Badens auf den verschiedensten Gebieten befruchtet.

Die Gesellschaft beschränkte sich in der allerletzten Zeit nicht mehr auf die Erforschung der Einwirkungen, die auf den sozialen Zustand beruhen, sondern dehnte ihr Arbeitsgebiet auf alle Einflüsse der Kultur aus.

Baldige Inangriffnahme der Mainkanalisierung.

Die Inangriffnahme der Mainkanalisierung von Waghäusern wird im Frühjahr dieses Jahres beginnen und zwar gleichzeitig an vier bis fünf Staustufen und den dazwischen liegenden Stromstrecken.

Schwarzenbachanlage des Badenwerkes.

Auf den Refus des Badenwerkes gegen die Entscheidung des Ministerialrats vom 3. Dezember wegen der Schwarzenbachanlage haben nun die Unterlieger des Kurzwertes mit einem Gegenrefus geantwortet.

Die Lage im badischen Tabakgewerbe.

Die Landwirtschaftskammer hat die Regierung gebeten, durch Bereitstellung einer entsprechenden Staatsbürgerschaft die Beschaffung von Gelbmitteln zu vermitteln, die den Pflanzern durch Vermittlung der Landwirtschaftskammer als Voranschlag gegen Verpflanzung der betreffenden Tabake unter der Voraussetzung gegeben werden sollen.

Konsularische Vertretung Boliviens.

Herr Benjamin Mujica ist zum bolivianischen Generalkonsul in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Equatur erteilt worden ist, ist er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Ununterbrochene Schneefälle.

h. Vom Schwarzwald, 15. Jan. (Brottel.) Der heutige Schneefall, der bis jetzt 15 Stunden ohne Unterbrechung anhielt, dürfte der ergiebigste dieses Winters sein.

Nachsteinst meldet von Freitag Abend -11 Grad, andauernd Schneefall, 50 Cm. Schneelage bei 30 Cm. pulorigem Neuschnee. Die Sibahn ist ausgezeichnet bis nach Dittenhöfen; Allerheiligen meldet 40 Cm. Schneelage und vorzügliche Sportverhältnisse.

im Hölental liegen jetzt wieder etwa 25-30 Cm. trodener und pulvoriger Schnee. Die Paghöhen und Rämme von St. Märgen nach Gurtwangen und Schönwald sind stark verweht und verschneit.

3 Eppingen, 14. Jan. (Vogelschutz und Landwirtschaft.)

Am Montag hielt der Vertreter der staatlich empfohlenen Vogelschutzstelle für Baden, Professor Dr. Fehring-Heidelberg, hier einen Lichtbildvortrag über Vogelschutz und Landwirtschaft.

Heidelberg, 15. Januar. (Der Todessturz vom Dach.)

Auf dem Dach eines Hauses in der Gaisbergstraße arbeitete gestern nachmittag der 35 Jahre alte Arbeiter Paul Schlegel unangeleitet, rutschte plötzlich ab und stürzte in den Hof, wo er beunruhigend liegen blieb.

Kastatt, 15. Jan. (Neugründung.)

Ein Verkehrsverband Kastatt-Murgtal gegründet, und zu dessen ersten Vorsitzenden Oberbürgermeister Kerner und zweiten Vorsitzenden Fabrikant Müller gewählt.

Offenburg, 14. Jan. (Der verunglückte Helfer.)

Der Knecht des Karl Kienle wollte einem armen Manne Holz unentgeltlich aus dem Walde fahren. Als er unweit Zell-Weierbach beim Ueberfahren einer steilen Stelle die Wagenbremse in Bewegung setzte, gingen die beiden jungen Pferde durch, wobei der Knecht unter den Wagen zu liegen kam und recht erhebliche Verletzungen an Kopf, Leib und beiden Oberarmen davontrug.

Freiburg i. Br., 14. Januar. (Vom Schwarzwaldverein.)

Die letzte ordentliche Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Freiburg des Badischen Schwarzwaldvereins brachte die Ueberprüfung des Jahresberichts und die Annahme des Voranschlags für 1926.

Freiburg, 15. Jan. (Regelung des Kraftwagenverkehrs in der Innenstadt.)

In dem letzten Stadtratsbericht war eine kurze Mitteilung enthalten, nach der der Stadtrat einen Entwurf der Polizeidirektion für eine ortspolizeiliche Neuregelung des Kraftwagenverkehrs in den Querstraßen zur Kaiserstraße seine Zustimmung gegeben hat.

Kappel a. Rh., 14. Januar. (Vollschauenspiel.)

In der ersten Versammlung des Kappeler Theatervereins gab der Spielleiter Siehlin bekannt, daß er für das neue Spieljahr der Kappeler Vollschau die „Trompeter von Säckingen“ ausgewählt habe.

Muggingen, 15. Jan. (Hauptversammlung des unteren Markgräfler Musikverbandes.)

Am Sonntag wurde in Muggingen die alljährliche Hauptversammlung des unteren Markgräfler Musikverbandes abgehalten. Bei der Besprechung über die Abhaltung des diesjährigen Verbandesfestes wurde einstimmig anerkannt, daß von einem Preiswettbewerb, wie sie namentlich in den letzten Jahren sehr häufig aufgetreten sind, abgesehen werden muß.

Hellingen, 14. Januar. (Fahrpreiserhöhung.)

Für die Frauen der Landwirte und für die Landwirte selbst, die nach Markt zum Markt fahren, wurde eine besondere Fahrpreiserhöhung eingeführt. Der Tarif für die Marktfahrer wurde ermäßigt.

Willingen, 14. Januar. (Mehrerversammlung.)

Eine in Donauwörthin abgehaltene Mehreversammlung der Kapitel Willingen und Geisingen befaßte sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Standes und mit der Angelegenheit der Mehner an die Verhältnisse der anderen Bediensteten der Gemeinde. Auch die berufliche Weiterbildung, die notwendige Anleitung zur Pflege der Kunstschäge, zur

würdigen Vorbereitung des Gottesdienstes sowie die festliche und religiöse Vertiefung hat sich der Verband zur Aufgabe gemacht.

Konstanz, 14. Jan. (Sturm auf dem Bodensee.) Auf der Fahrt von Romanshorn nach Korfach mußte eine Barke mit 150 Stier Holz infolge heftigen Oststurmes den Kurs ändern. Der hohe Wellengang hatte einen großen Teil der Ladung über Bord geworfen.

Konstanz, 15. Jan. (Milchpreisabfall am Bodensee.) In den Städten Konstanz, Radolfzell und Sigmaringen wird vom nächsten Montag ab der Milchpreis von 31 auf 29 Pfennig herabgesetzt.

Gerichtszeitung.

Mannheim, 15. Jan. („Freunde eines guten Trojens“.) In der Wohnung des Geschäftsvertreters Wilhelm Meyer aus Altenstadt fiel Kriminalbeamten eine Rüte auf, die über 20 Weinsflaschen enthielt, mit Etiketten „Niersteiner“, „Domstaler“ und „Vorbeurg“.

Aus den Nachbarländern.

Birmensdorf, 15. Januar. (Verhängnisvoller Irrtum.) Der verheiratete 47 Jahre alte Bierführer Franz Lienhart griff zur Lösung seines Durstes nach einem Bierkrug, der Schweißsäure enthielt. Den Irrtum legte Lienhart bemerkt, legte Lienhart den Krug ab. Er hatte aber von der Schweißsäure bereits getrunken und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden, wo er bald nach seiner Einlieferung an schweren inneren Verletzungen starb.

Ernennungen - Veretzungen - Zurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums.

Das Staatsministerium hat am 9. Januar 1926 beschlossen, daß die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1926: den Landesrichtern Dr. Karl Kempf in Karlsruhe, den Landesrichtern Dr. Karl Kuhnmann in Karlsruhe, den Landesrichtern Dr. Albert Heim, den Landesrichtern Dr. Peter Göttinger in Odenheim, den Landesrichtern Dr. Otto Welter, den Landesrichtern Dr. Raimund Paul in Karlsruhe, den Landesrichtern im Ministerium der Finanzen Dr. Steinbrunn, den Landesrichtern im Ministerium des Innern Dr. Volz, den Landesrichtern im Ministerium des Kultus und Unterrichtens Dr. Franz Huber in Weinsheim, den Landesrichtern im Staatsministerium Karl Bredt, den Landesrichtern im Ministerium des Innern, Wilhelm Wiltner, den Landesrichtern Dr. Arthur Reichardt in Karlsruhe, den Landesrichtern Dr. Albert Kuhn in Karlsruhe, den Landesrichtern im Ministerium des Kultus und Unterrichtens Dr. h. c. Karl Stelner zu Neustadt, den Landesrichtern des Landgerichtsbereichs Dr. Karl Kempf zum Vorsitzenden und den Landesrichtern Dr. Raimund Paul als dessen Stellvertreter im Vorfeld bestimmen.

Ministerium des Innern.

Ernannt: Landrat Georg Hermann in Rahr zum Oberverwaltungsgerichtsrat in Karlsruhe, Regierungsrat Rossoll in Mannheim zum Landrat in Buchen.

Verlegt: Landrat Rüd. Hess von Müllheim nach Rahr, Landrat Aug. Pfabner von Weinsheim nach Müllheim, Landrat Dr. Volker Pfall von Bahl nach Weinsheim, Landrat Karl Bismarck von Buchen nach Bahl.

Evangelischer Kufus

Ernannt wurden: Pfarrverwalter Heinrich Bünnebach in Tegernau als Pfarrer daselbst, Pfarrverwalter Emil Gilsbert in Biele als Pfarrer in Heilsbrunn, Pfarrverwalter Hugo Speck in Dellingen als Pfarrer daselbst, Pfarrverwalter Friedrich Rossmann in Dellingen als Pfarrer in Sulz, Pfarrverwalter Otto Gellig in Eichenstern als Pfarrer in Mannheim (Ludwigs-Ordnung), Pfarrverwalter Ernst Jandt in Mannheim-Neckarau als Pfarrer in Mannheim, 2. Subpastor, Pfarrverwalter Karl Eiber in Albern als Pfarrer und Seelsorger an den Klöster der Universität Heidelberg, Pfarrverwalter Richard Kaiser in Schottland als Pfarrer und Seelsorger am südt. Krankenhaus Mannheim, Pfarrverwalter Karl Söler in Neckarstammern als Pfarrer in Forstheim (Weinsheim), Pfarrverwalter Friedrich Secht in Schillingen als Pfarrer in Forstheim (H. Pfarrei).

Zurufetzungen auf Ansuchen: Pfarrer Gustav Adolf Meermann in Ruchbaum, Pfarrer D. Friedrich Hermann in Ettlingen.

Ministerium der Finanzen

Ernannt: Zu Oberfinanzmeister der Steuermesse Karl Wolf in Sillingen; zu Strassenmeistern die außerplanmäßigen Strassenmeisteramtwärter Wilhelm Deckinger in Pforzheim und Alois Dufner in Offenburg.

Wasmäßig anstellt: Die Strassenwärter Josef Metzmann in Kappelrodt, Ferdinand Knebel in Wiesental und Heinz Schott in Oberriedental.

Verlegt: Obercommeter Joh. Scholz in Ettlingen als Dienstvorstand zum Vermessungsamt Offenburg unter Zurücknahme seiner Verlegung nach Sigmaringen; die Strassenmeister Karl Rastetter in Ueberlingen nach Freiburg, Karl Jäger in Schönbühl, W. nach Albern, Heinrich Böckel in Kastatt nach Schönbühl, W. unter Zurücknahme seiner Verlegung nach St. Blasien, Wilh. Schüle in Sigmaringen zum Vermessungsamt in Offenburg nach Wolfach, Robert Leng in Offenburg nach Wolfach, Uebertragen. Dem Strassenmeister Karl Joseph in Ueberlingen der Strassenmeisterbezirk Ueberlingen.

Advertisement for Frau Frieda Maier Wwe. and Frau Marie Metz Wwe. in Karlsruhe, mentioning their ages and addresses.

Advertisement for electrical lighting and capital services, mentioning 'Elektrische Beleuchtungskörper' and 'Kapitalien'.

Advertisement for Rodel Schlittschuhe (ice skates) by J. Bähr, Eisenwaren, located in Karlsruhe.

Large advertisement for Somatose, a Bayer product described as an appetizing and strengthening food supplement.

Bottom section containing various small advertisements, including 'Kranzspenden' and 'Verlobungskarten'.

